

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Winfried Nachtwei, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Kerstin Müller (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/11388 –

**Für eine restriktive Rüstungsexportpolitik –
Parlamentarische Kontrollmöglichkeiten verbessern**

A. Problem

Restriktive Rüstungsexportpolitik unzureichend umgesetzt; Bundestag an anstehenden Rüstungsexportentscheidungen nicht beteiligt; Eindämmung und Kontrolle des legalen und illegalen Handels von Kleinwaffen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/11388 abzulehnen.

Berlin, den 11. Februar 2009

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Edelgard Bulmahn
Vorsitzende

Rolf Hempelmann
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Rolf Hempelmann

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/11388** wurde in der 196. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Dezember 2008 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zeigt sich in ihrem Antrag besorgt, dass deutsche Rüstungsgüter direkt oder indirekt in Länder exportiert werden, in die eine Lieferung nach strenger Auslegung der Politischen Grundsätze nicht erfolgen dürfte.

Deshalb wird die Bundesregierung aufgefordert, dass für Rüstungsexporte künftig die Politische Abteilung des Auswärtigen Amtes die Federführung erhalte sowie die Entscheidungen über den Export von Rüstungsgütern im Bundessicherheitsrat nur im Konsens getroffen werden sollen. Es sei notwendig, dass der Deutsche Bundestag vor bedeutsamen Rüstungsentscheidungen konsultiert werde und die Möglichkeit erhalte, seine Auffassung wirksam zur Kenntnis zu bringen.

Außerdem wird die Bundesregierung aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Politischen Grundsätze für den Rüstungsexport restriktiv angewandt werden und eine restriktive Rüstungsexportpolitik nicht durch Rüstungsk Kooperationen oder Produktionsverlagerungen umgangen werde. Weiter soll sich die Bundesregierung für eine bessere Kontrolle des legalen und illegalen Handels mit Kleinwaffen einsetzen.

Wegen der Einzelheiten des Antrags wird auf die Drucksache 16/11388 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 82. Sitzung am 11. Februar 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 91. Sitzung am 28. Januar 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage in seiner 100. Sitzung am 11. Februar 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage in seiner 78. Sitzung am 11. Februar 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 83. Sitzung am 11. Februar 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage in seiner 77. Sitzung am 28. Januar 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag auf Drucksache 16/11388 in seiner 86. Sitzung am 11. Februar 2009 abschließend beraten.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/11388 zu empfehlen.

Berlin, den 11. Februar 2009

Rolf Hempelmann
Berichtersteller

